

waltschaft Lübeck erfolgte und 1968 durch das Oberlandesgericht Schleswig bestätigt wurde, berechtigt war, kann man durchaus als offene Frage betrachten. Die Stellungnahme des Vfs. stellt sich hier recht einseitig, emotional und vereinfachend dar. Insbesondere hätte sich der juristische Leser eine intensivere Auseinandersetzung mit dem Grundsatz „nullum crimen sine lege“ und mit der Frage der (Beweisbarkeit der) Schuld der Beteiligten erwartet.

Insgesamt ist das Werk Ś.s., das auch eine Reihe von Photographien mit dokumentarischem Wert enthält, eine engagierte, für den Historiker ebenso wie für den Juristen durchaus brauchbare und lesenswerte Auseinandersetzung mit einem der zahlreichen Probleme, die belastend zwischen Deutschen und Polen stehen und deren rein juristische Lösung zu keinem für alle Seiten befriedigenden Resultat führen kann.

Freiburg i. Br.

Ewa Weigend

**Hubert Gabrisch: Die Leistungsfähigkeit des polnischen Wirtschaftssystems und die Probleme der Wirtschaftsreform.** (Veröff. des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung-Hamburg.) Verlag Weltarchiv. Hamburg 1981. 172 S.

Die Frage nach der Effizienz des Wirtschaftssystems und der ökonomischen Reform in Polen bezieht sich auf eine Volkswirtschaft, deren Leitungssystem und Funktionsweise bereits zu Beginn der siebziger Jahre in Auflösung begriffen waren und 1980 aufgehört haben zu funktionieren. Im Jahre 1973 wurde eine mit Mängeln behaftete und von politischen Fehlgriffen begleitete Reform eingeleitet, die bereits nach zwei Jahren zurückgenommen wurde. Zu Beginn der achtziger Jahre befindet sich Polens Wirtschaft in einer Krise, deren Ausmaß, Tiefe und Länge einmalig sind in bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung der planwirtschaftlichen Länder insgesamt, vergleichbar mit dem Rückgang der Produktion und der Zerrüttung der Wirtschaft in einigen Ländern während der großen Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre.

Hubert Gabrisch hat seine Arbeit im Jahre 1979 begonnen und im Frühjahr 1981 abgeschlossen. Durch den im August 1990 in Polen eingeleiteten Erneuerungsprozeß, in welchem eine Wirtschaftsreform zwangsläufig eine Vorrangstellung einnahm, erlangte die Studie zum Zeitpunkt ihres Erscheinens besondere Aktualität. Im ersten Teil werden das zentralistische Wirtschaftssystem der siebziger Jahre und seine Reform von 1973 bis 1975 in den Grundzügen dargestellt. Der zweite Teil untersucht die gesunkene Leistungsfähigkeit, die Effizienzgrenzen des Systems und die Gründe des Scheiterns der Reform von 1973/75. Der dritte, abschließende Teil behandelt die weitere Entwicklung und den Stand der Reformdiskussion 1980/81 unter den Bedingungen der aktuellen ökonomischen und politischen Ereignisse.

Neben einer Erörterung der Gewerkschaftsreform von 1980 stellt G. die unter dem Eindruck der Krise von 1980/81 in Polen am meisten diskutierten ökonomischen Reformkonzepte dar: das von einer Partei- und Regierungskommission ausgearbeitete, auf dem Hintergrund direkter Plangrößen wirkende „parametrische Modell“ und das in entscheidenden Bereichen weitergehende, von einer Arbeitsgruppe der Warschauer Hochschule für Planung und Statistik vorgelegte Reformkonzept einer „sozialistischen Marktwirtschaft“. Der Vf. gibt dem Partei- und Regierungsentwurf die größeren Chancen, „zumindest in Teilen“ verwirklicht zu werden (S. 150). Er sollte mit dieser Einschätzung recht behalten: Das Partei- und Regierungskonzept ist am 1. Januar 1982, kurz nach Ausrufung des Kriegszustandes am 13. Dezember 1981, unter besonders un-

günstigen politischen Rahmenbedingungen in Kraft getreten. Die Entscheidung, die Reform einzuführen, fiel noch vor Ausrufung des Kriegszustandes auf dem 9. außerordentlichen Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei im Juli 1981.

Im Rahmen der primär wirtschafts-zeitgeschichtlichen Darstellung werden zwei theoretische Grundfragen untersucht: die im Wirtschaftssystem zu suchenden Ursachen der polnischen Krise und der Zusammenhang zwischen ökonomischem System und wirtschaftlich-rationaler (effizienter) Entwicklung. Der Vf. kommt zu einem vierfachen Ergebnis: 1. Das Wirtschaftssystem Polens der siebziger Jahre ist die Hauptursache für die Ineffektivität in den Handlungen der Wirtschaftssubjekte und für die mangelhafte Steuerbarkeit der Wirtschaft durch die zentralen Instanzen. Daraus resultiert eine objektive Notwendigkeit zur Durchführung von Wirtschaftsreformen. 2. Die vom System geprägte Entscheidungsfindung macht es möglich, falsche wirtschaftspolitische Entscheidungen zu treffen. Die staatliche Wirtschaftspolitik, z. B. der siebziger Jahre, mißachtete die systembedingten Schwächen der polnischen Wirtschaft. Die fehlerhafte Wirtschaftspolitik wurde jahrelang beibehalten, da sie nicht unter dem Zwang einer ökonomischen Rückkoppelung und folglich einem Zwang zur Wende stand. 3. Sozialistische Wirtschaftssysteme sind reformierbar, ohne daß vorher politische Reformen stattgefunden haben müssen. Die Dezentralisierung wirtschaftlicher Entscheidungs- und Handlungskompetenzen ist vielmehr eine zweckmäßige Voraussetzung für die Schaffung von Freiräumen für politische Demokratisierungsprozesse. 4. Bestimmte politische und ökonomische Bedingungen müssen jedoch erfüllt sein — in Polen z. B. die Integration freier Gewerkschaften in das System und ökonomisches Gleichgewicht bei angemessener Produktivität —, damit eine Reform, die auf den ökonomischen Bereich beschränkt bleiben soll, einerseits die politischen Grundlagen des gesamten Systems nicht verletzt und andererseits bessere wirtschaftliche Ergebnisse als das zentralistische System erbringt.

Die unter dem letzten Punkt genannten Voraussetzungen einer erfolgreichen ökonomischen Veränderung waren freilich zum Zeitpunkt der Einführung der Reform von 1982 nicht erfüllt. Es bleibt abzuwarten, wie unter den Bedingungen der tiefgehenden Krise die für die Durchsetzung und das Gelingen der Reform bestehenden Gefahren und Schwierigkeiten überwunden und gelöst werden können.

Bonn

Gerhard Hahn

**Karl IV. und sein Kreis.** Hrsg. i. A. des Collegium Carolinum von Ferdinand Seibt. (Lebensbilder zur Geschichte der böhmischen Länder, Bd. 3.) R. Oldenbourg Verlag. München, Wien 1978. 292 S., 15 Abb. a. Taf.

Der Band will durch Bereitstellung von Lebensbeschreibungen der in Frage kommenden Personen Materialien beibringen, die Karls IV. politische und kulturelle Wirksamkeit beleuchten können. Er beginnt mit einer Darstellung Karls IV. als Mensch, als Kaiser und Politiker von Ferdinand Seibt und endet mit einer Schilderung der Persönlichkeit Wenzels IV. von Wilhelm H a n i s c h. Dazwischen liegen Artikel über das Leben der zum Kreis des Kaisers gehörende Personen. So schreibt Jaroslav Polc über den ersten Erzbischof von Prag und Ratgeber Karls IV. Ernst von Pardubitz. Dann folgen Artikel von Ludwig S c h m u g g e über den Prälaten Albert von Sternberg, der zu den Räten des Kaisers gehörte, und von Josef B u j n o c h über Johann von Neu-